

# FREIBERUFLER-TICKER vom 12. Juli 2024

## 1. BFB wirbt für das neue Stipendienprogramm „Talente in der Ausbildung“ (TidA)

Der BFB wirbt für das neue Stipendienprogramm „Talente in der Ausbildung“ (TidA) für begabte Auszubildende, das der BFB mit der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung (SBB) initiierte und das in Zusammenarbeit mit der Stiftung der Deutschen Wirtschaft konzipiert wurde. Die Stipendien sind Teil der Pilotförderung „Begabte Auszubildende und Fachkräfte im Rahmen der Begabtenförderungswerke“ (BAFF) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Dieses Programm bietet eine dreijährige Förderung mit einer monatlichen Bildungspauschale von 300 Euro. Zusätzlich profitieren die Stipendiatinnen und Stipendiaten von einem umfangreichen ideellen Programm, das Veranstaltungen, Lernangebote und Mentoring umfasst. Die Bewerbungsphase läuft vom 1. August bis zum 30. September 2024. Mehr Informationen gibt es [hier](#). Zudem ist BFB-Hauptgeschäftsführer Peter Klotzki als Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der SBB Ende vergangener Woche wiedergewählt worden.

## 2. Fremdbesitzbeschränkung an Rechtsanwaltsgesellschaften unionsrechtswidrig?

Die Beschränkung der Beteiligung an Rechtsanwaltsgesellschaften sei inkohärent, so Generalanwalt Manuel Campos Sánchez-Bordona in seinen [Schlussanträgen](#) vom 4. Juli 2024 in der Rechtssache Halmer ([C-295/23](#)). Diese wäre mit der Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG nicht vereinbar und daher unionsrechtswidrig. Konkret bemängelt der Generalanwalt die abschließende Auflistung beteiligungsfähiger Berufe, wengleich auch andere Berufe die Beteiligungskriterien erfüllen könnten, sowie das allgemeine, unkonkretisierte Tätigkeitsgebot in einer solchen Rechtsanwaltsgesellschaft. Der Einfluss, den Nichtanwälte nach geltendem Recht direkt oder indirekt durch den möglichen Besitz von Kapital oder Stimmrechten haben könnten, könne auch gegenwärtig die anwaltliche Unabhängigkeit gefährden. Mit einem Urteil ist noch im Herbst 2024 zu rechnen. Der Europäische Gerichtshof folgt dabei in der überwiegenden Zahl der Fälle den Schlussanträgen des Generalanwalts beziehungsweise der Generalanwältin.

## 3. Bundesrat stimmt dem BVaDiG zu

Der Bundesrat stimmte in seiner Sitzung vom 5. Juli 2024 dem Gesetzentwurf des Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetzes (BVaDiG) zu. In einer begleitenden [Entschließung](#) begrüßt der Bundesrat, dass der Deutsche Bundestag bei der 2./3. Lesung seiner Anregung zur Einführung einer minimalen Altersgrenze von 25 Jahren beim Validierungsverfahren gefolgt ist. Er kritisiert jedoch, dass der Vorschlag, Berufserfahrung in Höhe des Zweieinhalbfachen der Ausbildungszeit zu verlangen, nicht aufgegriffen wurde. Zudem bekräftigt der Bundesrat seine Forderung, die Schaffung des Anspruchs auf ein Feststellungsverfahren auf den 1. Januar 2026 zu verschieben. Nach Ausfertigung und Verkündung kann das Gesetz zum überwiegenden Teil zum 1. August 2024 in Kraft treten. Dabei tritt der gesetzliche Anspruch auf Validierung ab dem 1. Januar 2025 in Kraft.

## 4. OECD-Studie zum Stand der Integration von Eingewanderten

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) [veröffentlichte](#) Ende vergangener Woche eine Studie zum Stand der Integration von Eingewanderten in Deutschland. Da die Einwanderung aus dem EU-Ausland abnimmt, während die Bevölkerung zugleich altert und sich zunehmend Personalengpässe bemerkbar machen, unternimmt die Bundesregierung verstärkte Anstrengungen, um Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern anzuwerben. Zwischen 2011 und 2022 machten Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten und ihre Familien

aus Nicht-EU-Ländern nur acht Prozent der dauerhaften Zuzüge aus, ihr Anteil ist jedoch stetig gestiegen und lag 2022 bei 14 Prozent. In Zukunft dürfte diese Gruppe weiter an Bedeutung gewinnen. Dabei ist das Bildungsniveau der Eingewanderten in Deutschland aufgrund des hohen Geflüchtetenanteils im internationalen Vergleich relativ niedrig. Damit ist der Anteil der Eingewanderten mit sehr niedrigem Bildungsniveau einer der höchsten im OECD-Raum, woraus sich besondere Herausforderungen im Hinblick auf die Integration ergeben. Laut der Ergebnisse dieser OECD-Studie erzielte Deutschland erhebliche Fortschritte bei der Integration von in Deutschland geborenen Kindern eingewanderter Eltern ins Bildungssystem. Somit sind die schulischen Leistungen dieser Gruppe besser als in den meisten anderen Hauptzielländern und stiegen seit den frühen 2000er-Jahren deutlich an. Doch trotz der erzielten Fortschritte gibt es noch Herausforderungen. Anders als bei den im Inland geborenen Kindern von Eingewanderten sind bei den im Ausland geborenen Schülerinnen und Schülern keine Fortschritte zu verzeichnen. Zudem muss der Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen ebenfalls mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dadurch könnte das Bildungsgefälle verringert werden, insbesondere im Hinblick auf den hohen Anteil von Eingewanderten, die höchstens über Grundschulbildung verfügen (18 Prozent). Mehr als die Hälfte dieser Gruppe erreicht nach mindestens fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland kein mittleres Sprachniveau, was sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch in der Gesellschaft mit großen Nachteilen verbunden ist.

## 5. Beschäftigungspotenziale Älterer im internationalen Vergleich

Laut eines am 10. Juli 2024 veröffentlichten [Berichts](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) holte Deutschland in den letzten Dekaden bei der Beschäftigung Älterer deutlich auf: Dies gilt insbesondere für die Gruppe der 50- bis 64-Jährigen. Im Vergleich zu den Spitzenländern fehlen nur noch wenige Prozentpunkte. Ein größerer Rückstand besteht allerdings bei den 65- bis 74-Jährigen. Der zukünftige Abstand zu den anderen Ländern wird bei dieser Altersgruppe laut IAB durch gegenläufige Entwicklungen beeinflusst. Durch die schrittweise Umsetzung der Rente mit 67 dürfte er sich vermutlich weiter verringern, durch die „Rente mit 63“ aber verlangsamen, so die Autorinnen und Autoren. Aus deren Sicht ergeben sich durch Ländervergleich eine ganze Reihe von wichtigen Punkten, an die hierzulande angeknüpft werden könnte: Die hohe Alterserwerbstätigkeit in Island, Schweden und Norwegen steht in Verbindung mit der in den drei Ländern hohen Frauenerwerbsbeteiligung und kontinuierlichen Verbesserungen im Bildungsniveau (einschließlich der beruflichen Weiterbildung) der Bevölkerung. Neuseeland weist einen geringen Lohnabstand zwischen Älteren und Jüngeren und erstaunlich hohe Einstellungsquoten Älterer auf, die unter anderem durch eine konsequente Öffentlichkeitsarbeit pro Arbeit von Älteren und einer öffentlich wahrnehmbaren Antidiskriminierungspolitik begünstigt werden. In Japan spielen der demografische Druck auf den Arbeitskräftebedarf und der Einkommensbedarf auf individueller Ebene eine große Rolle.

## 6. ifo-Befragung zur 4-Tage-Woche

Laut einer Randstad-ifo-Personalleiterbefragung von Ende letzter Woche zur 4-Tage-Woche ist diese nur bei wenigen Firmen bereits im Einsatz oder geplant. Elf Prozent der Betriebe haben eine 4-Tage-Woche bereits im Einsatz, 47 Prozent davon mit einer Stundenreduktion bei weniger Gehalt. Etwas mehr als ein Drittel der Unternehmen erwartet von einer 4-Tage-Woche keine positiven Effekte, 59 Prozent rechnen mit einem höheren Personalaufwand. 61 Prozent der befragten Unternehmen fürchten eine Verschärfung des Arbeits- und Fachkräftemangels, wenn eine 4-Tage-Woche eingeführt wird. 23 Prozent glauben, dass die positiven Aspekte – nämlich die Attraktivität für Bewerbende – überwiegen. Weiter wurden Wechselwirkungen mit dem Arbeits- und Fachkräftemangel sowie der Einfluss gesetzlicher Anreize zur Einstellung ausländischer Fachkräfte abgefragt. Hier ergaben die Abfragen, dass Unternehmen eine

Verschlechterung des Arbeits- und Fachkräftemangels durch eine 4-Tage-Woche befürchten. Die Auswertung und genauen Daten sind [hier](#) zu finden.

## 7. BFB-Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung

Das Jobportal [www.freieberufe-jobportal.de](http://www.freieberufe-jobportal.de) des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.

- Anzeige -



Privatversicherte können ihren Schutz individuell zusammenstellen. Diese Leistungen sind garantiert und können auch durch die Politik nicht gekürzt werden. Zudem müssen Ärztinnen und Ärzte bei Privatpatienten nicht auf Budgetgrenzen achten. So können sie ihnen stets die bestmögliche Therapie anbieten.

Mehr auf [pkv.de](http://pkv.de)

